



Infodienst Radikalisierungsprävention

Newsletter August 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was gibt es Neues im Arbeitsfeld Radikalisierungsprävention, Deradikalisierung und Demokratieförderung im Bereich Salafismus? Die Redaktion hat einen Überblick zusammengestellt.

Hintergrundinformationen, eine Datenbank mit Akteuren der Prävention und Demokratieförderung sowie alle früheren Newsletter finden Sie unter: <https://www.bpb.de/radikalisierungspraevention>

Haben Sie einen Hinweis, worüber wir berichten sollten? Schreiben Sie uns! Die Kontaktdaten finden Sie hier: <https://www.bpb.de/210411>

Neu im Infodienst Radikalisierungsprävention

ÜBERSICHT ANLAUFSTELLEN

Beratung und Hilfsangebote: Neue Projekte in der Datenbank

In den vergangenen Wochen sind sieben Angebote neu in die Datenbank des Infodienstes aufgenommen worden. Insgesamt enthält sie nun 74 Anlaufstellen aus dem gesamten Bundesgebiet, die Unterstützung anbieten bei Fragen wie: Was tun, wenn sich junge Menschen radikalisiert? Wo können sich Fachkräfte informieren und weiterbilden, wo finden Angehörige Rat?

Zu den neu aufgenommenen Angeboten zählen:

- [Beratungsstelle Salam gegen islamistische Radikalisierung in Rheinland-Pfalz, Mainz](#)
- [Denkzeit-Gesellschaft, Berlin](#)
- [Interdisziplinäres Wissenschaftliches Kompetenznetzwerk Deradikalisierung, Berlin](#)
- [KlgA e. V. – Politische Bildung für die Migrationsgesellschaft, Berlin](#)
- [KORA – Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention, Dresden](#)
- [Turuq, Freiburg im Breisgau](#)
- [Yallah! Fach- und Vernetzungsstelle Salafismus im Saarland, Saarbrücken](#)

[weiter](#)

Veranstaltungshinweise und Fortbildungen

Alle Termine finden Sie auch auf unserer Terminübersichtsseite.

4. September 2017

Webinar: Extremistische Radikalisierung – Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen

Diana Schubert und Dr. Götz Nordbruch halten im Rahmen der Reihe "Extremistische Radikalisierung – Herausforderung für Kommunen und Möglichkeiten der Prävention" ein Webinar zum Thema "Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen". Die Webinarreihe wird angeboten vom Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS) und dem Institut für angewandte Präventionsforschung des Deutschen Präventionstages (dpt-i). Mit der Webinarreihe soll der Wissensstand bei den relevanten Akteur/-innen der Extremismusprävention vertieft und die Qualität in der Präventionsarbeit erhöht werden.

Termin: 4. September 2017, 16:00-17:00 Uhr

Ort: Online

Kosten: Kostenfrei

Anmeldung: [Online möglich](#)

Zielgruppe: Fachkräfte und Angestellte der Kommunen, die in ihrem Arbeitsalltag mit dem Themenkomplex des Extremismus und der Radikalisierung konfrontiert sind

[Weitere Informationen](#)

6. September, Berlin

Workshop: Radikalisierungsphänomene: Parallelen, Abgrenzungen & pädagogische Relevanz

Bei genauerer Beobachtung ähneln sich sowohl die Biografien radikalierter junger Menschen als auch die Angebote radikaler Gruppen. Anderes unterscheidet sich wiederum. Im Workshop tauschen sich Experten und sechs bis zehn ausgewählte Teilnehmende darüber aus, welche Gemeinsamkeiten bestimmte Strömungen haben und wo notwendige Abgrenzungen zu treffen sind. Nicht zuletzt um herauszufinden, welche Auswirkungen diese Erkenntnisse auf die pädagogische Praxis haben.

Experten: Thomas Mücke (Violence Prevention Network), Christian Gerkuhn (Zusammen Wachsen)

Der Workshop findet im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des interdisziplinären wissenschaftlichen Kompetenznetzwerks Deradikalisierung statt.

Termin: 6. September, 9:30-16:00 Uhr

Ort: Berlin

Kosten: Kostenfrei

Anmeldung: [Online möglich](#)

Zielgruppe: Fachkräfte, die sich praktisch oder wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigen

[Weitere Informationen auf den Seiten des Kompetenznetzwerks Deradikalisierung](#)

13. September, Berlin

Workshop: Terrorismus, Deradikalisierung & politische Antworten

Im Workshop beschäftigen sich Experten und sechs bis zehn ausgewählte Teilnehmende unter anderem mit folgenden Fragen: Wie wird Terror medial und gesellschaftlich inszeniert? Welche Auswirkungen hat das auf die Gesellschaft einerseits und auf junge Menschen, die möglicherweise von Radikalisierung gefährdet sind, andererseits? Welche sicherheitspolitischen und sicherheitsbehördlichen Maßnahmen sind nötig und nützlich?

Experten: Dr. Götz Nordbruch (ufuq.de), Frank Zimmermann (SPD-Abgeordneter)

Der Workshop findet im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des interdisziplinären wissenschaftlichen Kompetenznetzwerks Deradikalisierung statt.

Termin: 13. September, 9:30-16:00 Uhr

Ort: Berlin

Kosten: Kostenfrei

Anmeldung: [Online möglich](#)

Zielgruppe: Fachkräfte, die sich praktisch oder wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigen

[Weitere Informationen auf den Seiten des Kompetenznetzwerks Deradikalisierung](#)

19. September, Berlin

Abschlusskonferenz: "Community Counteracting Radicalisation (CoCoRa) – towards a community-based prevention strategy"

CoCoRa ist ein zweijähriges Projekt mit Partnerorganisationen aus fünf europäischen Ländern mit dem Ziel, eine Community-basierte, kooperative Präventionsstrategie zu entwickeln. Es wird vom Erasmus-Programm der Europäischen Kommission kofinanziert.

Bei der Abschlusskonferenz werden die Ergebnisse vorgestellt und in Workshops diskutiert.

Termin: 19. September 2017, 10:30-17:00 Uhr

Ort: Landeszentrale für politische Bildung, Hardenbergstraße 22-24, 10623 Berlin

Anmeldung: per E-Mail bei der Koordinatorin Margit Helle Thomsen unter mht@mhtconsult.dk. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Kosten: Die Teilnahme ist kostenfrei.

[Zur Website von CoCoRa](#)

26. September, Hamburg

Workshop: "Islamismus und Islamfeindlichkeit im Unterricht begegnen"

Das Landesinstitut Hamburg unterstützt Schulen im Themenfeld Menschenrechts- und Demokratiefeindlichkeit mit einem Beratungsteam. Das Team ist präventiv tätig und bietet sowohl schulinterne als auch zentrale und externe Beratungs- und Fortbildungsangebote für Lehrer/-innen, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Schulleitungen an Hamburger Schulen zu den unterschiedlichen Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an (wie Islamfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus).

Am 26. September findet der Workshop "Islamismus und Islamfeindlichkeit im Unterricht begegnen" statt. Aus Sicht der Veranstalter/-innen kommt dem Zusammenspiel von politischer Bildung und demokratiepädagogischen Ansätzen eine zentrale Bedeutung zu. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht der Unterricht in der Schule mit Unterrichtsentwürfen, Ideen, demokratiepädagogischen Anregungen, Vorschlägen und Handlungskonzepten.

Neben dem Workshop macht das Landesinstitut für Lehrerbildung zahlreiche weitere Angebote zum Themenfeld Islamismus und Radikalisierung in der Schule.

Termin: 26.09.2017, 16:00 bis 19:00 Uhr (weitere Termine auf der Seite des LI-Hamburg)

Ort: Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung

Fächer: Gesellschaft, Demokratiepädagogik, Sozial- und Rechtserziehung

Schularten: Berufliche Schule, Gymnasium, Stadtteilschule

Kosten: Die Teilnahme am Workshop ist kostenfrei.

[Zur Anmeldung und weitere Informationen](#)

28. September, Hamburg

Seminar: Methodentraining gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Das Landesinstitut Hamburg unterstützt Schulen im Themenfeld Menschenrechts- und Demokratiefeindlichkeit mit einem Beratungsteam. Das Team ist präventiv tätig und bietet sowohl schulinterne als auch zentrale und externe Beratungs- und Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Schulleitungen an Hamburger Schulen zu den unterschiedlichen Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an (wie Islamfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus).

Termin: 28. September 2017, 15:00-19:00 Uhr

Ort: Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Hamburg

Kosten: Kostenfrei für Lehrkräfte in Hamburg

Anmeldung: Online möglich

Zielgruppe: Lehrkräfte der SEK I und II sowie an beruflichen Schulen

[Zur Anmeldung und zu weiteren Informationen auf den Seiten des LI Hamburg](#)

September und Oktober 2017, Dreieich

Fortbildung: "Diskriminierung, Glaube und religiös begründeter Extremismus als pädagogische Herausforderungen"

Die viertägige Fortbildung richtet sich an Lehrkräfte sowie Schulsozialarbeiter/-innen von Grundschulen und weiterführenden Schulen. Sie findet im Rahmen des Projekts PRO Prävention statt. Es werden drei Ziele verfolgt:

- 1) Aufklärung über die Hintergründe konfrontativer Religionsbekundung sowie Einstellungen und Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und religiös begründetem Extremismus
- 2) Stärkung von pädagogischen Kompetenzen in der Bearbeitung religiös oder kulturell gerahmter Konflikte und in der Auseinandersetzung mit religiös begründetem Extremismus
- 3) Aufzeigen von Möglichkeiten, wie das System Schule reagieren kann

Termine: 7. und 8. September, 19. September, 5. Oktober 2017

Ort: Haus des Lebenslangen Lernens, Frankfurter Straße 160-166, 63303 Dreieich

Kosten: Kostenfrei

Anmeldung: bis 11. August per E-Mail unter propraevention@kreis-offenbach.de

Zielgruppe: Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter von Grundschulen und weiterführenden Schulen

[Weitere Informationen im PDF-Flyer](#)

4.-5. Dezember 2017, Mannheim

Fachtagung: "Grenzenloser Salafismus – Grenzenlose Prävention? Radikalisierung, politische Bildung und internationale Ansätze der Prävention"

Während der Salafismus als Ideologie keine Ländergrenzen kennt, verharren die Präventionsansätze meist in den Nationalstaaten. Vom 4.-5. Dezember 2017 veranstaltet die bpb gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in Mannheim eine bundesweite Fachtagung zu internationalen Ansätzen im Bereich der Prävention von salafistischer Radikalisierung. Auf der Fachtagung wird eine Bestandsaufnahme der aktuellen Entwicklungen vorgenommen, die internationale Vernetzung wird gefördert und der fachliche Austausch angeregt.

Termin: 4.-5. Dezember 2017

Ort: Congress Center Rosengarten, Mannheim

Kosten: ohne Übernachtung: 30 €, mit einer Übernachtung (4.-5.12.17) im

Doppelzimmer: 50 €, mit einer Übernachtung (4.-5.12.17) im Einzelzimmer 75 €

Anmeldung: Online möglich

Zielgruppe: Haupt- und ehrenamtliche Fachkräften aus den Bereichen politische Bildung, Jugendhilfe, Sozialarbeit, Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wissenschaft, die in ihrer Arbeit mit dem Phänomen des Salafismus konfrontiert sind.

Weitere Informationen auf den Seiten der bpb

Berichte

Mediendienst Integration: Zahlen und Fakten zum militanten Islamismus aktualisiert

Wie viele militante Islamistinnen und Islamisten leben in Deutschland? Was ist über Dschihadistinnen und Dschihadisten bekannt, die nach Syrien ausreisen? Wie viele "Rückkehrerinnen und Rückkehrer" gibt es? Und wie werden Jugendliche in radikalen Netzwerken angesprochen? Der Mediendienst Integration hat seine Rubrik "Militanter Islamismus" mit Zahlen und Fakten aktualisiert.

[Zum Beitrag auf Mediendienst Integration](#)

Salafismus und Antisemitismus an Berliner Schulen: Erfahrungsberichte aus dem Schulalltag

Antisemitische und islamistische Einstellungen gewinnen in Berliner Schulen an Einfluss. Das ist das Ergebnis einer Umfrage unter 27 Lehrkräften an 21 Schulen. Die Studie ist zwar nicht als repräsentativ zu werten, liefert jedoch Einblicke in den Berliner Schulalltag. So berichtet ein Teil der Lehrkräfte von Konflikten im Unterricht – insbesondere um Geschlechtergleichheit, Toleranz für Minderheiten, den säkularen Rechtsstaat und die demokratische Werteordnung. Darüber hinaus sei der Glaube an Verschwörungstheorien mittlerweile weit verbreitet – vor allem an solche, deren vermeintliche Opfer Muslime sind, sowie an jene, in deren Zentrum Juden oder Israel stehen.

Den Autorinnen und Autoren zufolge geht aus den Interviews mit den Lehrkräften hervor, dass manche Schülerinnen und Schüler bereits mit Missionierungsversuchen durch Koranschulen oder durch andere externe Akteure in Berührung gekommen sind. Hinzu komme ein steigender Druck auf Schülerinnen und Schüler durch andere Mitschülerinnen und Mitschüler, auch innerhalb der Schule streng religiöse Verhaltensweisen zu befolgen. Auf die hohe Wirkungskraft leicht verfügbarer Medieninhalte, insbesondere einschlägiger Videos, wiesen die Lehrkräfte mehrfach hin.

Die Umfrage ist Teil eines Präventionsprojekts der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gegen Antisemitismus und Salafismus. Das American Jewish Committee (AJC) hat sie gemeinsam mit dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg durchgeführt und am 19. Juli mit Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) vorgestellt.

[Zum kostenfreien Download der Studie](#)

[Zu weiterführenden Informationen in der taz](#)

Frankreich: Abschlussbericht über staatliche Maßnahmen zur Deradikalisierung erschienen

Der französische Senat hat im März 2016 zwei seiner Mitglieder beauftragt, den Stand der staatlichen Deradikalisierungsmaßnahmen zu untersuchen. Nach einem Zwischenbericht im Februar 2017 (der Infodienst berichtete) ist nun am 12. Juli der Abschlussbericht über die "Entideologisierung, Distanzierung und Wiedereingliederung der Dschihadisten in Frankreich und Europa" erschienen.

Die Autorinnen üben harte Kritik an den bestehenden Maßnahmen in Frankreich. Sie fordern unter anderem Präventionsmechanismen auf- und auszubauen sowie öffentliche Akteure, Institutionen und Initiativen für das Thema Radikalisierung zu sensibilisieren und gezielt zu schulen. Die "Deradikalisierung" von Personen sowie die Prävention sollen nicht auf Unterdrückung und Entideologisierung basieren, sondern auf einer individualisierten und nachhaltigen Betreuung, die die soziale Wiedereingliederung zum Ziel hat. Dafür müsse das soziale Umfeld mit einbezogen werden, psychologische Begleitung erfolgen und es sollte ein persönliches Zukunftsprojekt entwickelt werden. Nicht zuletzt empfehlen die Autorinnen die Einrichtung von Netzwerken, die den Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern ermöglichen. Als Positivbeispiele nannten sie die Wiedereingliederungsprogramme in Aarhus (Dänemark) und in Vilvoorde (Belgien).

Die beiden beauftragten Senatorinnen haben für die Untersuchung Gespräche mit verschiedenen institutionellen Akteuren und Akteurinnen, Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen und Verbänden geführt sowie Betreuungseinrichtungen und Gefängnisse besucht und die französischen Bemühungen mit Maßnahmen in anderen Ländern verglichen.

[Zum Zwischen- und Abschlussbericht in französischer Sprache](#)

[Zur Infodienst-Meldung zum Zwischenbericht](#)

[Zum Infodienst-Beitrag über Vilvoorde](#)

[Zum Beitrag in der FAZ über das Scheitern des französischen Pilotprojekts zur Deradikalisierung \("Frankreichs planloser Kampf gegen Islamisten"\)](#)

Videobeiträge

ARD-Dokumentation "Glaubenskrieger" portraitiert muslimische Aktivisten von "12thMemoRise"

Der irakischstämmige Muslim Hassan Geuad will der wachsenden islamistischen Radikalisierung in Deutschland nicht mehr zusehen. Er hat eine Initiative für ein starkes, öffentliches Bekenntnis von Muslimen gegen den Terror gegründet. Für die ARD-Dokumentation „Glaubenskrieger – Hassan gegen den Rest der Welt“ hat der Regisseur Till Schauder die Gruppe um Geuad bei ihren Aktionen und den Vorbereitungen darauf begleitet.

[Zur Dokumentation in der ARD-Mediathek](#)

Aktuelle Meldungen

Sven Lau zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt

Der Islamistenprediger Sven Lau wurde am 26. Juli vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen der Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung in vier Fällen zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Lau, der sich selbst „Abu Adam“ nennt, soll zwei jungen Männern dabei geholfen haben, nach Syrien zu reisen – zur „Armee der Auswanderer und Helfer“ (JAMWA), die eng mit dem „Islamischen Staat“ verbunden ist. Außerdem soll er der Gruppe Nachtsichtgeräte zur Verfügung gestellt und 250 Euro weitergereicht haben. Der deutsche Konvertit Lau ist einer der geschicktesten Provokateure der deutschen Salafistenszene. Im Jahr 2014 sorgte er mit der sogenannten „Sharia-Police“ in Wuppertal für ein großes Medienecho.

[Zum Bericht in der FAZ](#)

Abu Walaa wegen IS-Mitgliedschaft angeklagt

Am 20. Juli wurde der Salafisten-Prediger Abu Walaa wegen der Mitgliedschaft im sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) von der Bundesanwaltschaft angeklagt. Der 33-jährige Iraker gilt als höchster Repräsentant des IS in Deutschland. Walaa wird von der Bundesanwaltschaft vorgeworfen, ein Netzwerk mit weiteren Gesinnungsgenossen

gebildet zu haben. Gemeinsam sollen sie rund ein halbes Dutzend Personen von Deutschland nach Syrien geschleust haben. Diese sollen dort als Kämpfer für den IS ausgebildet worden sein und teilweise Selbstmordattentate verübt haben. Der Prozess soll vor dem Oberlandesgericht Celle stattfinden.

[Zum Bericht im Handelsblatt](#)

Schleswig-Holstein will Radikalisierung im Gefängnis verhindern

Unter dem Namen "Kick-Off" möchte das Justizministerium in Schleswig-Holstein Extremismus und Radikalisierung im Justizvollzug sowie in der Bewährungs- und Gerichtshilfe verhindern. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf islamistischen und rechtsextremen Strukturen. Das Projekt beinhaltet unter anderem folgende Maßnahmen: Fortbildungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Beratung von Fachkräften beim Umgang mit Extremistinnen und Extremisten im Einzelfall, Maßnahmen zur Demokratieförderung für Gefangene, Aufbau von Gesprächsmöglichkeiten für Inhaftierte sowie Beratungs- und Behandlungsangebote für potentiell gefährdete und radikalisierte Inhaftierte und Probandinnen und Probanden.

Das Projekt "Kick-Off" wird über das Bundesprogramm "Demokratie leben!" gefördert und in Kooperation mit der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein (TGS-H) und dem Kieler Antigewalt- und Sozialtraining (KAST) durchgeführt.

[Zur Meldung der Staatskanzlei Schleswig-Holstein](#)

[Zum Bericht auf den Seiten des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags](#)

Bundeskriminalamt hat Instrument zur Risikobewertung von potentiellen islamistischen Terroristen entwickelt

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Forensische Psychologie der Universität Konstanz hat das BKA das Risikobewertungsinstrument RADAR-iTE entwickelt. Mithilfe einer rund 70 Fragen umfassenden Tabelle soll das Gefahrenpotenzial von Islamisten, die in Deutschland eine schwere Gewalttat verüben könnten, bewertet werden. Anhand der Bewertung können Interventionsmaßnahmen priorisiert werden.

Für RADAR-iTE wird auf Informationen zurückgegriffen, die bereits vorliegen oder die aufgrund der gültigen Rechtslage erhoben werden dürfen. Es werden möglichst viele Informationen zu Ereignissen aus dem Leben der Person herangezogen. Die Fragen von RADAR-iTE lauten beispielsweise: "Ist die Person gewalttätig?", "Hat sie Zugang zu Waffen?" "Wie geht sie mit Behörden um?", "Steckt die Person in einer persönlichen

Krise?". Je nach Antwort – "Ja", "Nein" oder "Nicht bekannt" – werden Punkte vergeben. Aus der Punktzahl ergibt sich dann ein hohes, auffälliges oder moderates Risiko.

[Zur Meldung des BKA](#)

[Zum Interview in der FAZ mit dem forensischen Psychologen Jérôme Endrass, der RADAR-iTE mitentwickelt hat \(Paywall\)](#)

Fall Ahmed A. wirft Schlaglicht auf die Radikalisierung von Geflüchteten

Am 28. Juli attackierte Ahmad A. in einem Edeka-Markt in Hamburg mit einem Messer wahllos Personen. Ein 50-jähriger Mann starb, sieben Menschen wurden verletzt. Bereits im Januar 2017 hatten Hamburger Verfassungsschützer eine "Wesensveränderung" bei dem Mann, der aus den Vereinigten Arabischen Emiraten stammt, festgestellt. Sie hatten daraufhin der Polizei empfohlen den Sozialpsychiatrischen Dienst einzuschalten. Auch die Beratungsstelle "Legato" soll die Polizei wegen Ahmed A. kontaktiert haben. Laut Medienberichten hat die Polizei jedoch keine entsprechenden Schritte unternommen.

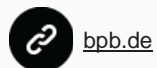
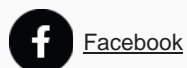
Darüber hinaus wirft der Fall ein Schlaglicht auf die psychische Betreuung von Geflüchteten. Schon vor über einem Jahr hatte der Bundesnachrichtendienst davor gewarnt, dass sich Geflüchtete in Europa radikalieren könnten: "Die Ankunft in einem fremden Kulturkreis, eine suboptimale provisorische Unterbringung oder der mögliche Verlust eines gehobenen gesellschaftlichen Status kann die Radikalisierung grundsätzlich stark begünstigen", zitiert die Süddeutsche Zeitung aus der Analyse des BND.

Verschiedene Medienberichte befassen sich mit den Unterbringungsbedingungen von Ahmed A., seinem Verhalten und den Aktivitäten der Behörden:

[Süddeutsche Zeitung: Wenn Flüchtlinge sich erst nach der Ankunft radikalisieren](#)

[Tagesspiegel: "Wir konnten bei seiner Radikalisierung zusehen"](#)

[Welt: "Ahmad war komisch im Kopf"](#)



Wenn Sie diesen Newsletter nicht weiter erhalten wollen, können Sie sich auf <https://www.bpb.de/newsletter> unter Eingabe Ihrer E-Mail Adresse und mit Klick auf "Kündigen" vom Newsletter "Infodienst Radikalisierungsprävention" (HTML-Version) abmelden. Bitte beachten Sie den dortigen Hinweis zur Bestätigung der Abmeldung.

Sollten Sie Fragen, Anregungen oder Kritik haben, schreiben Sie bitte an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Zum Infodienst Radikalisierungsprävention: www.bpb.de/radikalisierungspraevention

Informationen zu Datenschutz und Betroffenenrechten: <https://www.bpb.de/datenschutz>

© Bundeszentrale für politische Bildung 2020 (<https://www.bpb.de/impressum>)